

Zweifelsohne trugen interne Faktoren zum Debakel bei. Korruption unter den Marcos-Cronies, deren Machtkampf mit den Technokraten, die enorme Kapitalflucht und ineffiziente Verwaltung wären als solche zu nennen. Mit dem Aufstieg der Technokraten wandte sich ein Teil der 'Cronies' von Marcos ab. Die Wirtschaftskrise bedingte zum Teil die Erosion im Machtapparat der Regierung wie auch jene politische Instabilität, die Massendemonstrationen und -streiks Mitte der 80er Jahre auslösten. Präsident Marcos war nicht nur für die US-Administration, sondern auch für das internationale Kapital politischer Ballast.

Aquinos Machtübernahme brachte zunächst eine Machtverschiebung zugunsten der Nationalisten, die meisten von ihnen mußten allerdings innerhalb der ersten zwölf Monate zurücktreten. Die Auflagen von Weltbank und IWF haben sich kaum geändert, Import- und Handelsliberalisierung, Privatisierung und Förderung der Exportindustrie scheinen die Kontinuität der bereits gescheiterten Politik zu sichern.

Leider ist es Robin Broad nicht gelungen, die verschiedenen Ursachen des Entwicklungsdebakels (Weltbank-Politik, Korruption, andere interne/externe Faktoren) zu gewichten. Darüber hinaus ist es problematisch, den Weltbank-Einfluß auf die philippinische Entwicklung anhand nur zweier SALs zu analysieren. Hier muß aber gesagt werden, daß das vorrangige Ziel der Autorin die Untersuchung der Interaktion zwischen Weltbank/IWF und den Philippinen war. Wenngleich sich in den letzten Jahren an der Strategie der Weltbank in dieser Hinsicht nichts Entscheidendes geändert hat, so hat das Buch aufgrund des langen Zeitraumes, der zwischen Untersuchung und Publikation liegt, Aktualität eingebüßt.

Franz Schmidjell, Scherpegasse 7, A-1190 Wien

Journal für Entwicklungspolitik 1, 1990, S. 87 - 96

Am 11. Jänner 1990 bekam der Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik die nachfolgende Grundsatzerklärung der OECD vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unter der Geschäftszahl Zl. 790.520/211-VII.1/89 zugesandt. Wir stellen sie zur Diskussion:

OECD

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN DEN 90ER JAHREN

Entwicklungspolitische Grundsatzerklärung der für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Minister und Leiter der Entwicklungshilfebehörden der DAC-Länder

1. Die Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) tagten gemeinsam mit Vertretern der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen am 4. und 5. Dezember 1989 auf der Ebene der für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Minister und Leiter der Entwicklungshilfebehörden. Sie beschlossen die nachstehende Grundsatzerklärung über die Ausrichtung ihrer Entwicklungszusammenarbeit in den 90er Jahren.
2. Die wesentliche Schlußfolgerung der vom DAC durchgeführten Arbeiten über die Entwicklungszusammenarbeit in den 90er Jahren lautet, daß der Teufelskreis der Unterentwicklung - bei dem hohes Bevölkerungswachstum, Armut, Unterernährung, Analphabetentum und Umweltverschlechterung zusammenkommen - nur durch wirtschaftliche und entwicklungspolitische Strategien und Maßnahmen durchbrochen werden kann, die folgende Ziele und Erfordernisse *miteinander vereinbaren*:
 - Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums;
 - Befähigung aller Menschen zu einer breiteren Beteiligung an den Produktionsprozessen und sozial gerechtere Verteilung des hieraus erwachsenden Nutzens;
 - Sicherung einer auf Dauer umweltverträglichen Entwicklung und Dämpfung des Bevölkerungswachstums in der Vielzahl von Ländern, wo dieses Wachstum zu stark ist, um eine nachhaltige Entwicklung zu erlauben.

3. In letzter Konsequenz sind die Entwicklungsländer selbst für ihre Entwicklung verantwortlich. Vor allem ist die Effektivität ihrer Maßnahmen und Institutionen ausschlaggebend für die Erfolge bzw. Fehlschläge ihrer Entwicklungsanstrengungen wie auch dafür, ob es ihnen eines Tages gelingt, auf eigenen Füßen zu stehen. Die Hilfe von außen kann die nationalen Entwicklungsanstrengungen lediglich ergänzen. Je nach der Situation der einzelnen Länder, zwischen denen sich immer größere Diskrepanzen bemerkbar machen, kommt es aber wesentlich auf angemessene Hilfe in Verbindung mit internationalen Maßnahmen zur Abstützung der Handelsausweitung, der Investitionen und des Kapitalverkehrs an.
4. Die künftige Orientierung der Entwicklungszusammenarbeit sollte in einem konstruktiven Dialog zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern gestaltet werden. Wir legen diese Grundsatzerklärung als Beitrag zu einem solchen Dialog vor. Eine umfassendere Analyse enthält der Jahresbericht 1989 des DAC-Vorsitzenden über die Entwicklungszusammenarbeit in den 90er Jahren.

Entwicklung als unabdingbare Notwendigkeit und zentrale weltweite Priorität

5. Es geht nicht an, daß die Industriestaaten und die übrigen wirtschaftlich fortgeschrittene Länder auf Inseln des Wohlstands leben in einer Welt, in der die anderen Länder zunehmend unter Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftlicher und finanzieller Instabilität sowie sich verschlechternden Umweltbedingungen leiden. Eine solche Situation wäre nicht nur aus humanitären Gründen untragbar; vielmehr hängt auch die künftige Prosperität der Industriestaaten eng mit dem wirtschaftlichen Fortschritt, dem Umweltschutz und der Erhaltung von Frieden und Stabilität in der Dritten Welt zusammen.
6. Im kommenden Jahrzehnt und auch noch darüber hinaus werden die Entwicklungsländern beispiellosen demographischen und ökologischen Belastungen ausgesetzt sein. In den 90er Jahren wird die Bevölkerung der Dritten Welt um rund 850 Millionen Menschen wachsen, und allein diese Zunahme ist größer als die gegenwärtige Gesamtbevölkerung des OECD-Raums. Gleichzeitig wird sich der starke Urbanisierungstrend fortsetzen und die Städte werden so groß werden, daß dadurch neue Herausforderungen entstehen. Noch immer leben in den meisten Entwicklungsländern große Teile der Bevölkerung in Armut, insgesamt rund

1 Milliarde Menschen. Da gleichzeitig das Ökosystem der Welt bedroht ist, sind ein entschiedenes Handeln und möglicherweise tiefgreifende Anpassungen der Wirtschaftstätigkeit in den Industriestaaten wie in den Entwicklungsländern notwendig. Eine weitere große Herausforderung für die Industrienationen wie für die Dritte Welt sind die ernststen menschlichen und wirtschaftlichen Folgen der Herstellung und des Konsums von Drogen.

7. Aus dieser Sicht muß die Entwicklungszusammenarbeit in den 90er Jahren in den Industriestaaten wie in den Entwicklungsländern als politisches Anliegen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.
 8. Die Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, das entspanntere politische Klima zwischen Ost und West, die Fortschritte bei der Beilegung verschiedener Regionalkonflikte (und in Verbindung damit die Hoffnung, daß dadurch eine Entlastung bei den hohen Militärausgaben möglich wird), die Entwicklung hin zu offeneren und demokratischeren Gesellschaftsformen und die in einer ganzen Reihe von Entwicklungsländern mittlerweile effizientere Politik könnten den Weg dafür bereiten, daß in den 90er Jahren größere Fortschritte erzielt werden, als dies in den 80er Jahren der Fall war.
 9. Die Regierungen der Mitgliedsländer erkennen die Bedeutung der grundlegenden politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa an und werden den wichtigen Prozeß der Wirtschaftsreformen in den betreffenden Ländern unterstützen. Diese Unterstützung wird jedoch nicht ihrer Entschlossenheit Abbruch tun, der Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt hohe Priorität beizumessen.
- #### **Grundorientierungen der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit in den 90er Jahren: Wachstum, Bevölkerung und Sicherung einer ökologisch verträglichen Entwicklung**
10. Will man die Erfordernisse des Wirtschaftswachstums, der Mitwirkung des einzelnen am Entwicklungsprozeß und die Aufrechterhaltung ökologisch tragbarer Bedingungen miteinander vereinbaren, so bedarf es einer Reihe kohärenter, sich gegenseitig verstärkender Lösungsansätze in den nachgenannten Schlüsselbereichen.

Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zur Verwirklichung eines breitfundierten Wirtschaftswachstums

11. Ohne ein breitfundiertes Wirtschaftswachstum wird es nicht zu dem tiefen Umbruch der strukturellen und sozialen Gegebenheiten (einschließlich der Verkleinerung der durchschnittlichen Familiengröße) kommen, die das eigentliche Wesen des Entwicklungsprozesses ausmachen.
12. Die 80er Jahre waren weltweit durch ein neues Klima der wirtschaftlichen Liberalisierung gekennzeichnet. In vielen Ländern ist das Verständnis dafür gewachsen, daß gut funktionierende Märkte und zweckmäßig gestaltete Preise und Anreize, eine solide Finanz- und Geldpolitik sowie ein kontinuierlicher Prozeß der Strukturanpassung notwendige Voraussetzungen für eine wirksame Ressourcenverwendung sowie für Wachstum und Beschäftigung sind. Es ist in erster Linie diese Tendenzwende in Richtung auf eine effizientere Gestaltung der Politik, die Aussicht darauf bietet, daß die 90er Jahre raschere Fortschritte bringen werden als die 80er Jahre.
13. Bei dem Entwurf und der Umsetzung grundlegender Reformprogramme müssen die tiefverwurzelten Strukturprobleme und die sozialen, demographischen und politischen Rahmenbedingungen der Entwicklungsländer voll in Rechnung gestellt werden. Dabei müssen die Zeithorizonte realistisch abgesteckt und Mittel und Wege gefunden werden, etwaige Härten für die sozial schwächsten Gruppen zu mildern.
14. Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum sind Infrastrukturinvestitionen noch sorgfältig festgelegten Prioritäten, die Schaffung bzw. Sanierung von Produktionskapazitäten in Landwirtschaft, Industrie und anderen Sektoren sowie die Vergrößerung des Spielraums für Privatunternehmen. In einigen Bereichen würde eine engere regionale Zusammenarbeit die Chancen für die bessere Nutzung des wirtschaftlichen Potentials verbessern. Für die sehr weitgehend auf den Export nur weniger Rohstoffe angewiesenen Länder liegt der Schlüssel zur Entwicklung in intensiveren Bemühungen um Diversifizierung und um Stärkung der Marktkräfte. Vor allem in den besonders armen Entwicklungsländern, die selbst nicht über ausreichende Finanzmittel verfügen und deren Schuldendienstkapazität begrenzt ist, muß die öffentliche Entwicklungshilfe wesentlich dazu beitragen, die Grundlagen für ein verstärktes Wachstum zu schaffen.

Ein neuer Schwerpunkt: Stimulierung der Produktivkräfte durch Investitionen in Menschen und durch partizipative Beteiligung

15. Die Stimulierung der Produktivkräfte des Menschen, die Förderung einer breiteren Beteiligung der gesamten Bevölkerung am Produktionsprozeß sowie die sozial gerechtere Verteilung des hieraus erwachsenden Nutzens müssen mehr als bisher zu zentralen Elementen der Entwicklungsstrategien und der Entwicklungszusammenarbeit werden.
16. Investitionen in Menschen sind eine entscheidende Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und größere soziale Gerechtigkeit:
 - Höhere Priorität muß der Aufgabe beigemessen werden, der Bevölkerung auf möglichst breiter Basis den Zugang zu nachhaltiger, wirksamer Bildung und zu praktischer Ausbildung sowie zu primärer Gesundheitsversorgung zu ermöglichen und die Kleinbauern und Kleinunternehmer, einschließlich der Frauen, mit Krediten und Beratungsleistungen zu versorgen.
 - Ein Grundziel der Entwicklungszusammenarbeit ist nach wie vor die bessere Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung und einer hinreichenden Ernährung, wozu es einer breitfundierten landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung zur Steigerung von Produktion und Einkommen bedarf.
 - Die aktivere Beteiligung der Frauen auf allen Stufen des Entwicklungsprozesses gehört zu den wesentlichen Elementen einer nachhaltigen, partizipativen Entwicklung.
 - Das Drogenproblem muß entschlossen angepackt werden, um zu verhindern, daß menschliches Potential in den Entwicklungsländern zerstört oder in illegale Aktivitäten abgedrängt wird.
17. Wir werden nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern suchen, um die Voraussetzungen für einen dynamischen Produktionssektor zu schaffen, um die Rolle von Privatinitiative, privatem Unternehmertum und marktwirtschaftlichem System zu stärken und um ganz allgemein die gesamte Bevölkerung aktiv in das Wirtschaftsleben einzubeziehen. Die Umstellung von einer Wirtschaft, die überreglementiert und durch Machtkonzentration in Händen staatlicher und privater Monopole gelähmt ist, auf ein System, in dem die Produktivkräfte der Menschen sich auf eine echte Motivation stützen und legitim verwirklichen können, ist eine komplexe Aufgabe.
 - Es besteht ein fundamentaler - mittlerweile besser erkannt - Zusammenhang zwischen offenen, demokratischen, rechenschaftspflichtigen politischen Systemen, der Wahrung der Rechte des einzelnen und

wirksamen, der sozialen Gerechtigkeit förderlichen Wirtschaftssystemen.

- Voraussetzung für eine partizipative Entwicklung sind mehr Demokratie, eine stärkere Rolle der lokalen Organisationen und der Selbstverwaltung, die Wahrung der Menschenrechte - u.a. mittels wirksamer, allen zugänglicher Rechtssysteme -, Wettbewerb auf den Märkten und ein dynamisches privates Unternehmertum.
- Wettbewerbsoffenere Systeme sorgen für eine effizientere Ressourcennutzung, tragen zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei und schaffen günstigere Bedingungen für eine gerechtere Einkommensverteilung.

18. Wenn heute neuer Nachdruck auf die partizipative Entwicklung gelegt wird, so heißt das nicht etwa, daß der Staat umgangen werden soll. Eine effiziente Entwicklung erfordert im Gegenteil starke, kompetente Regierungen und öffentliche Dienste. Wenn das Schwergewicht entschiedener auf die Initiative des einzelnen und die Förderung des privaten Sektors gelegt wird, braucht die Hilfe zugleich weniger als bisher über "staatlich zentralisierte Kanäle" geleitet zu werden und kann sich im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regierungen auf nationale und lokale Nichtregierungsorganisationen (NRO) stützen. Formen der Entwicklungszusammenarbeit, die zu stärker partizipativ orientierten Entscheidungsprozessen beitragen, erstrecken sich u.a. auf:

- die Einbeziehung der Endnutzer durch geeignete Organisationen in Entwurf und Durchführung der Entwicklungsprojekte;
- die Förderung von Genossenschaften und ähnlichen Vereinigungen sowie von NROs;
- die Zusammenarbeit mit dem Ziel, Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie demokratische Regierungssysteme zu stärken.

Mitwirkung bei der Förderung einer ökologisch gesunden und nachhaltigen Entwicklung sowie eines langsameren Bevölkerungswachstums als zentrale Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit

19. Eine der zentralen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit in den 90er Jahren ist es, zu einer ökologisch gesunden und auf Dauer tragbaren Entwicklung beizutragen. Wenn nicht auf breiter Basis entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, könnten die Ressourcenbasis und die natürliche Umwelt in den Entwicklungsländern nicht wiedergutmachenden Schaden erleiden. Auch könnten diese Probleme mit der Zeit immer unlösbarer und teurer werden, wodurch die Entwicklungsaussichten jetzt

und in Zukunft beeinträchtigt würden. In den Entwicklungsländern ist die Armut zugleich Ursache und Folge der Umweltverschlechterung. Die unabdingbare Notwendigkeit, die natürliche Ressourcenbasis im Interesse heutiger und kommender Generationen zu erhalten, ist also schon für sich allein genommen ein zwingender Grund für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Ohne eine breitfundierte Entwicklung werden schwerlich Maßnahmen und Praktiken zu verwirklichen sein, die eine auf Dauer tragbare Nutzung der Naturgüter gewährleisten.

20. Es kommt wesentlich darauf an, daß alle Länder aktiv bei der Bewältigung der weltweiten Umweltprobleme mitwirken. Besondere Verantwortung fällt hier den Industriestaaten zu. Aber auch die Entwicklungsländer sind zum Handeln aufgerufen. Sie sind - als Verursacher wie auch als potentielle Leidtragende einer weltweiten Umweltverschlechterung - unmittelbar betroffen. Die Bekämpfung der Entwaldung und der Desertifikation, der Schutz der Ozonschicht, die rationellere Nutzung der Boden- und Wasserressourcen, die effizientere und rationellere Energiegewinnung und -verwendung sowie die zweckmäßige Entsorgung giftiger Abfälle und Stoffe gehören hier mit zu den zentralen Anliegen.

21. Eine vorrangige Aufgabe der Hilfe muß es sein, die Entwicklungsländer bei der Feststellung und Bewältigung von Umweltproblemen auf der Ebene der politischen Orientierungen wie auch im Rahmen spezifischer Programme und Projekte zu unterstützen. Die Einbeziehung von Umweltwägungen in Entwicklungsvorhaben und -programme erhöht zwar deren Nutzen, verursacht aber oft auch höhere Kosten, die die Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel und die Einbringung technologischen Know-hows auch seitens der Geber erfordern.

22. Es ist absolut unerlässlich, das starke Bevölkerungswachstum in den zahlreichen Ländern, wo es eine nachhaltige Entwicklung beeinträchtigt, zu dämpfen. Wenn sich die ohnehin schon schwierigen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme nicht noch weiter zuspitzen sollen, müssen die Menschen in den Entwicklungsländern unbedingt die - für die Industriestaaten heute selbstverständliche - Möglichkeit erhalten, ihre Familiengröße zu planen. Die DAC-Mitglieder sind bereit, den Entwicklungsländern bei der Konzeption, Finanzierung und Umsetzung wirksamer Bevölkerungsstrategien und -programme vordringlich zu helfen.

Die Bedeutung einer effizienten Wirtschaftspolitik der OECD-Länder für den Entwicklungsprozeß

23. Nach der einschneidenden internationalen Rezession zu Beginn der 80er Jahre hat sich das Wachstum der Weltproduktion und des Welthandels merklich erholt. Dank der wieder günstigeren mittelfristigen Wirtschaftsaussichten im OECD-Raum besteht Aussicht, daß sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung in den 90er Jahren verbessern. Die Entwicklungsaussichten werden indessen zu Beginn des neuen Jahrzehnts von dem hohen Realzinsniveau und fortdauernden protektionistischen Bestrebungen überschattet. Die OECD-Länder erkennen an, daß ihre internationale Verantwortung eine wirksame binnen- und außenwirtschaftliche Anpassung sowie ein entschiedenes politisches Bekenntnis zur internationalen Wirtschaftszusammenarbeit erfordert. Das umfaßt auch Bemühungen, im Rahmen der Handelsverhandlungen in der Uruguay-Runde das offene, multilaterale Welthandelssystem zum Nutzen aller Länder zu stärken.
24. Wir werden darauf hinarbeiten, bei der Konzipierung der Wirtschafts- und zunehmend auch der Umweltpolitik für ein größeres Maß an Kohärenz im Hinblick auf die Entwicklungsländer zu sorgen.
25. Die Bewältigung der Schuldenprobleme und die Wiederbelebung der Kapitalzuflüsse ist nach wie vor eine dringliche Aufgabe von größter Bedeutung. Die Schuldenprobleme und das geringe Wachstum behindern weiterhin den Entwicklungsprozeß in einer Reihe von Ländern der unteren und mittleren Einkommensgruppe. Diese Probleme müssen - unter den besonderen Rahmenbedingungen des jeweiligen Schuldnerlands - sobald wie möglich gelöst werden, und zwar ausgehend von der Regelung der ihnen zugrundeliegenden strukturellen und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten. Unsere Regierungen sind fest entschlossen, die Kooperationsbemühungen zu diesem Zweck fortzusetzen, wie die jüngste Verstärkung der Schuldenstrategie zeigt.
26. Energische Anpassungs- und Reformanstrengungen seitens der Schuldnerländer selbst sind und bleiben der Schlüssel zu deren wirtschaftlichem Aufschwung. Maßnahmen unserer Länder zur Verbesserung der Haushalts- und Leistungsbilanzpositionen werden zusammen mit Schritten der Schuldnerländer zur Wiederherstellung des Vertrauens in ihre Wirtschaftsentwicklung mit der Zeit zu einem besseren Niveau und einer solideren Struktur der Kapitaleinkünfte an die Schuldnerländer führen - bei niedrigeren Realzinssätzen, höheren Direktinvestitionen und, was besonders wichtig ist, der Repatriierung von Fluchtkapital.

Stärkung der Entwicklungshilfesanstrengungen

27. Wir beabsichtigen, unsere Hilfe so anzupassen, daß wir imstande sind, zur Umsetzung von Entwicklungshilfestrategien entsprechend den oben beschriebenen Grundlinien beizutragen. Angesichts der immer größeren Situationsvielfalt der Entwicklungsländer werden wir uns verstärkt darum bemühen, unsere Entwicklungshilfepolitik und -modalitäten den spezifischen, äußerst unterschiedlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der einzelnen Länder anzupassen und sie zu differenzieren. Wir werden unser Personal dazu anhalten, Politiken und operationelle Anweisungen gemäß dieser Grundsatzerklärung zu überprüfen und dabei auch das in dem DAC-Jahresbericht 1989 enthaltene ergänzende Material zu berücksichtigen.
28. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, mit den Entwicklungsländern sowie den zuständigen internationalen Institutionen und anderen Gebern zusammenzuarbeiten, um die Koordinierung der Hilfe gemäß den DAC-Richtlinien von 1986 für die Entwicklungshilfekoordination zu verbessern und für eine größere Kohärenz der Entwicklungshilfe durch deren Integration mit den Wirtschaftsstrategien, den Umwelterfordernissen sowie der öffentlichen Verwaltung der Entwicklungsländer zu sorgen, und zwar mit folgenden Schwerpunkten:
- Wir werden bestrebt sein, die Hilfe weiter qualitativ zu verbessern. Wir bestätigen erneut die DAC-Projektprüfungsrichtlinien von 1988; wir werden die Evaluierung der mit Entwicklungshilfe finanzierten Projekte und Programme fördern, die Verwaltungskapazität der für Entwicklungshilfe zuständigen Stellen stärken und gegebenenfalls andere notwendige Maßnahmen ergreifen;
 - wir werden unsere Hilfe zunehmend im Rahmen einer koordinierten Unterstützung breit konzipierter Sektorprogramme, -ziele und -politiken planen und abwickeln;
 - wir werden unser ausführendes Personal dazu anhalten, sich wirksam an den Bemühungen um Verbesserung der Entwicklungshilfekoordination und -durchführung vor Ort zu beteiligen;
 - wir bekennen uns erneut zu dem Grundsatz, daß die Entwicklungsländer selbst im Zentrum des Entwicklungshilfe-Koordinierungsprozesses stehen müssen. Wir erklären uns bereit, ihnen bei der Stärkung ihrer Kapazität für die Koordinierung und Verwaltung der Hilfe sowie bei der Übernahme zunehmender Verantwortung für deren Umsetzung Hilfestellung zu leisten.

29. Wir sind uns darüber im klaren, daß die oben beschriebenen Orientierungen bedeutende Investitionen in die materielle und soziale Infrastruktur voraussetzen und die Unterstützung wirtschaftspolitischer Grundsatzreformen erfordern. Wir sind uns bewußt, daß die Stärkung der öffentlichen Verwaltung und die Förderung eines dynamischen Unternehmertums nicht ohne beträchtliche institutionelle Reformen möglich ist. Wir sind uns ferner bewußt, daß Art und Qualität der technischen Hilfe oft in nicht unwesentlichem Maße neu durchdacht und verbessert werden müssen, damit sie wirksamer zu den längerfristigen Erfordernissen des institutionellen Auf- und Ausbaus beiträgt.

30. Das Volumen an Entwicklungshilfeleistungen der einzelnen DAC-Mitglieder hat in den letzten Jahren erhebliche Schwankungen aufgewiesen. Während andere Kapitalflüsse ins Stocken geraten sind, hat sich die Gesamthilfe des DAC entsprechend dem Anstieg des globalen BSP der DAC-Länder auf rund 50 Mrd. \$ erhöht. Wir sprechen den NRO unsere Anerkennung dafür aus, daß sie dank ihrer Anstrengungen zusätzlich 3 - 4 Mrd. \$ jährlich an freiwilligen Beiträgen mobilisiert haben.

31. Wir sind uns darüber im klaren, daß angesichts der vor uns liegenden gewaltigen Entwicklungsaufgaben, wie sie weiter oben umrissen worden sind, sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht substantielle zusätzliche Entwicklungshilfeanstrengungen erforderlich sein werden. Wir begrüßen die verstärkten Anstrengungen der DAC-Mitglieder in diesem Bereich. Wir nehmen das von der internationalen Organisation für den künftigen Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe bereits aufgestellte Ziel (0,7 % des BSP) zur Kenntnis und unterstreichen nachdrücklich die Bedeutung höherer Mittelzuflüsse für die Entwicklung. Wir werden gemeinsam bemüht sein, eine weitere substantielle Steigerung des Gesamtvolumens der Hilfe zu erreichen.

32. Wir sind der Auffassung, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in unseren Ländern, die wachsende Einsicht der Öffentlichkeit in die Zusammenhänge zwischen Armut, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung sowie die von den Entwicklungsländern zur Bewältigung dieser Probleme ergriffenen Maßnahmen und Programme das Klima für die Akzeptanz eines höheren Entwicklungshilfenvolumens verbessern helfen. Wir werden die eingehende Prüfung unserer Entwicklungshilfeleistungen im Rahmen des DAC fortsetzen.

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN:

1. Umfang:
Der Beitrag darf den Umfang von 20 Seiten (1 1/2zeilig, einschließlich Anmerkungen und Literaturverzeichnis) nicht wesentlich überschreiten. Wird dieser Umfang überzogen, muß die Autorin/der Autor mit der Auflage einer Kürzung rechnen.
2. Zitierweise:
Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Sofern auf Literatur verwiesen wird, soll dies im Text selbst, und zwar folgendermaßen geschehen: "wörtliches Zitat" (Myrdal 1982, S. 40) oder: dem Sinn nach (vgl. Elsenhans 1984, S. 131 ff.). Fußnoten bzw. Anmerkungen sind durchlaufend zu numerieren.
3. Zusammenfassung:
Es wird ersucht, eine knappe Zusammenfassung auf Englisch beizulegen.
4. Autorennotiz:
Bitte schicken Sie gemeinsam mit Ihrem Artikel auch eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.
5. Begutachtungsverfahren:
Sämtliche einlangende Manuskripte werden von der Redaktion begutachtet. Wissenschaftliche Manuskripte werden zusätzlich zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt. Die Namen der Begutachter werden von der Redaktion vertraulich behandelt. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme eines Artikels in das JEP bleibt der Redaktion vorbehalten.

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, 1030 Wien; Redaktionsschluß für die einzelnen Nummern: 15. 1., 15. 4., 15. 7., 15. 10.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE:

1990/2 Organisation der Entwicklungshilfe in verschiedenen europäischen Ländern

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., A-1040 Wien